




Grundstücksübergreifende Jagd weiterhin notwendig und sinnvoll

Grundstücksübergreifende Jagd weiterhin notwendig und sinnvoll
Nachhaltige Hege soll weiterhin möglich sein
Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages debattierte am heutigen Mittwoch im Rahmen einer öffentlichen Anhörung die geplanten Änderungen im Bundesjagdgesetz. Dazu erklärten der Vorsitzende der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und der zuständige Berichterstatter für Cajus Caesar: "Mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften setzen wir das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Juni 2012 um. Dort wurde festgestellt, dass die mit der Pflichtmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften verbundene Verpflichtung des Grundeigentümers, die Ausübung der Jagd durch Dritte auf seinem Grundstück zu dulden, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen kann. Wir werden in der Novelle des Jagdgesetzes die Rahmenbedingungen allerdings so anpassen, dass auch weiterhin eine nachhaltige Hege möglich ist. Dies wäre beim Aufsplitten der Jagdgebiete in Kleinstflächen nicht mehr gewährleistet. Denn so wäre weder eine ordnungsgemäße nachhaltige Regulierung des Wildbestandes möglich noch die notwendige Kontrolle. Zu hohe Wildbestände bedeuten Wildschäden auf landwirtschaftlichen Feldern sowie die Gefährdung der Verjüngung des Waldes. Die Artenvielfalt kann aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Ebenso besteht die Gefahr von Tierseuchen. Die Mehrheit der Sachverständigen in der heutigen Anhörung bestätigt die Notwendigkeit der grundstücksübergreifenden Jagd. Gerade mit dem Reviersystem kommt man der Hegeverpflichtung am ehesten nach. Insbesondere bei kleinen und parzellierten Flächen ist die Jagdgenossenschaft das geeignete Mittel, den für die Artenvielfalt so wichtigen, gesicherten Wildbestand zu erhalten, Wildschäden zu vermeiden und ausreichend der Hege nachzukommen. Auch vor dem Hintergrund des Arten- und Naturschutzes wurde die pflichtgemäße Jagdausübung positiv bewertet." Diese Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Homepage und in unserem Presse-Twitter-Kanal @cducuspm
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducus.de
http://www.cducus.de


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.